60. Europawettbewerb 2012/2013 – Bundesstaat Europa ?

Abb.1.: http://moodle.hlw-dl.at (Stand vom 29.01.13, 19:00 Uhr)

Michelle Schmidt – Bodenstraße 2, 56479 Oberrod

Johanna Gerlach - Limburger Straße 3, 65558 Holzheim

Lia Bernard – Grabenstraße 48, 65549 Limburg

Lea Eschhofen – Koblenzer Straße 26, 65556 Limburg-Staffel

Inhaltsverzeichnis

	Seiten
1. Einleitung	3
Grundlagen für einen Bundesstaat - **2.** Kopenhagener Kriterien und Konvergenzkriterien	4
3. Welche Vorteile bringt die EU den Mitgliedstaaten? **3.1** politische Vorteile **3.2** wirtschaftliche Vorteile **3.3** soziale Vorteile	6
4. Welche Nachteile bringt die EU den Mitgliedstaaten?	8
5. Ausblick in die Zukunft – Bundesstaat Europa ?	9
6. Quellen	20
Anhang	
1. Fallbeispiel: Warum Weißrussland nicht der EU beitreten wird **1.1** politische Gründe **1.2** soziale Gründe **1.3** wirtschaftliche Gründe	12
2. Statement eines Politikers zum Thema Weißrussland und die EU	18
3. Filmerklärung	19
4. Drehbuch: Streitgespräch, Zukunft-Europa	22

1. Einleitung

Im Rahmen des 60. EU – Wettbewerbs haben wir uns mit der Thematik des europäischen Bundesstaats beschäftigt. Dabei haben wir uns zunächst die Frage gestellt wie es zu dem Gedanken über eine Vertiefung der EU zu einem europäischen Bundessaat gekommen ist. 1951 wurde die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) gegründet. Diese Gemeinschaft diente zunächst nur wirtschaftlichen Zwecken. Aber im Laufe der Zeit entwickelte sich ein immer engeres Verhältnis zwischen den Gründungsstaaten und auch neu aufgenommenen Ländern. So wuchs die Zahl der Mitgliedsstaaten und die Gemeinschaft dehnte auch ihren Zuständigkeitsbereich immer weiter aus. Nun diente die Zusammenarbeit nicht nur der Förderung der Wirtschaft sondern auch zur Wahrung von Menschenrechten und anderen politischen und sozialen Fragen. So entstand 1992 mit dem „Vertrag von Maastricht“ die „Europäische Union“ (EU) wie wir sie heute kennen.[1] Durch die zahlreichen Vorteile, die die EU mit sich bringt wird nun über das Modell eines europäischen Bundesstaates nachgedacht. Dieser soll die Vorteile, wie zum Beispiel den Wegfall der Zölle zur Erleichterung des wirtschaftlichen Handels, weiter ausweiten. Ebenso sollen die Grundwerte der EU durch den Bundesstaat vertieft werden um so beispielsweise Demokratie und Menschenrechte zu sichern.[2] Um die Werte der der EU und des vielleicht zukünftigen europäischen Bundesstaats, sowie die damit verbundenen Aufnahmekriterien für die EU besser darstellen zu können, haben wir uns näher mit Weißrussland beschäftigt. Weißrussland ist nicht Mitglied der EU, aber ein möglicher Beitrittskandidat da der Staat auf europäischem Boden liegt.

Grundlagen für einen Bundesstaat

2. **Kopenhagener Kriterien & Konvergenzkriterien**

Am 1. Dezember 2009 trat der Lissabonner Vertrag (auch „Reformvertrag“ genannt) in Kraft. Durch den Vertrag wurde die Europäische Union institutionell reformiert. Das Ziel des Vertrages ist es, die EU demokratischer, transparenter und effizienter zu machen.
Die Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger wirken sich nun stärker auf die politische Tätigkeit der Europäischen Union aus. Dafür sorgen vor allem die Veränderungen der Beziehungen zu den anderen EU-Organen allen voran zur Europäischen Kommission. Die Kompetenzen zwischen EU und Mitgliedstaaten werden klarer und nachvollziehbarer geteilt. Sitzungen des Rates der Europäischen Union werden öffentlich sein, wenn der Rat Richtlinien beschließt. Durch den Lissabonner Vertrag vergrößert sich der Einfluss des Europäischen Parlaments, das (außer auf dem Feld der Außenpolitik) zu einem neben dem Rat der Europäischen Union gleichberechtigten Gesetzgeber wird. Auch die nationalen Parlamente erhalten mehr Einfluss. Sie werden früher über Vorschläge der Europäischen Kommission informiert und können diese schon während des Gesetzgebungsverfahrens zurückweisen, wenn sie nicht einverstanden sind.
Um in die EU aufgenommen zu werden, muss ein Land besondere Kriterien erfüllen. Diese wurden 1993 vom Europäischen Rat in Kopenhagen festgelegt. Sie bestehen aus drei Teilen, dem „politischen Kriterium“, dem „wirtschaftlichen Kriterium“ und dem „Aquis – Kriterium“. Für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ist allein das politische Kriterium ausschlaggebend. Dazu gehören institutionelle Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz für Minderheiten.
Bis zu einem endgültigen Beitritt müssen auch die andern beiden Kriterien erfüllt sein. Das wirtschaftliche Kriterium besagt, dass das Land, welches beitreten möchte eine funktionsfähige Marktwirtschaft haben muss, die dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standhalten kann.
Zuletzt muss das Aquis-Kriterium eingehalten werden. Das bedeutet, dass das Land das gesamte EU-Recht zu übernehmen hat. Das Land muss sich also an die EU anpassen. Es muss freie Meinungsäußerung und Gleichberechtigung herrschen sowie Engagement und Gesetze gegen Gewalt, Kriminalität und Korruption.
All diese Kriterien müssen bis zu einem vorher von der Europakommission festgelegten Datum erfüllt werden und werden dann überprüft. Hat sich das Land an alle Vorgabeb gehalten, wird ein Vertrag aufgesetzt und das Land kann in die EU aufgenommen werden. Anschließend hat es die Möglichkeit den Euro einzuführen.
Die Kopenhagener Kriterien wurden formuliert, um offizielle und objektive Anforderungen für potentielle Kandidatenländer festzulegen, die außerdem en Erweiterungskritikern die Angst nehmen, die EU könnte unter dem Beitritt von politisch und wirtschaftlich labilen Ländern leiden.[1]
Jedes Land, welches der Währungsunion beitreten will, muss nach dem Vertrag von Maastricht bestimmte Eintrittsbedingungen erfüllen. Die Konvergenzkriterien sollen sicherstellen, dass nur solche Länder an der Währungsunion teilnehmen, die bereits vorher ihre stabilitätspolitische Leistungsfähigkeit nachgewiesen haben.
Nur wenn die Konvergenzkriterien erfüllt sind, kann ein Land den Euro übernehmen. Sie sind im Vertrag von Maastricht festgelegt. Dazu gehören das Inflations-, das Kapitalmarktzins- und das Wechselkurskriterium sowie die finanzpolitischen Kriterien Schuldenstand und

Neuverschuldung. Es müssen alle Kriterien gleichzeitig erfüllt sein. . Das Kriterium der Preisstabilität bedeutet, dass ein Mitgliedstaat eine anhaltende Preisstabilität und eine während des letzten Jahres vor der Prüfung gemessene durchschnittliche Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) aufweisen muss, die um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate jeder Mitgliedstaaten liegt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben.
Das Kriterium der Finanzlage bedeutet, dass die Länder übermäßige Defizite vermeiden müssen.
Das Kriterium der Konvergenz der Zinssätze bedeutet, dass im Verlauf von einem Jahr vor der Prüfung in einem Mitgliedstaat der durchschnittliche langfristige Nominalzinssatz um nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem entsprechenden Satz - in den, - höchstens drei Mitgliedstaaten- liegt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben.
Das Kriterium der Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems bedeutet, dass ein Mitgliedstaat die im Rahmen des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems vorgesehenen normalen Bandbreiten zumindest in den letzten zwei Jahren vor der Prüfung ohne starke Spannungen eingehalten haben muss. Insbesondere darf er den bilateralen Leitkurs seiner Währung innerhalb des gleichen Zeitraums gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaates nicht von sich aus abgewertet.[2]

3. Welche Vorteile bringt die EU den Mitgliedsstaaten?

3.1. politische Vorteile[1]
Einer der wichtigsten Grundsätze der EU ist die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Auch die Menschenrechte müssen in allen Mitgliedstaaten gültig sein. Länder, die eines dieser beiden

Kriterien nicht erfüllen, werden nicht in die EU aufgenommen.
Ziele der EU sind oftmals auch Vorteile, die die EU für andere Länder interessant machen. So sind Ziele zum Beispiel die Infrastruktur und das Gesundheitswesen in allen Mitgliedsstaaten auszubauen und zu verbessern.
Auch die Vollbeschäftigung ist ein erstrebenswertes Ziel der EU für seine Mitgliedsstaaten. Zwischen den Mitgliedsländern werden besonders die Solidarität, die Friedensgarantie[2] und die gemeinsame Außenpolitik gefördert. Aber auch das Einbinden der Wirtschaft der einzelnen Länder in die Weltwirtschaft spielt eine wichtige Rolle in den Zielen der EU.
Gemeinsame Gesetzte, die für alle Mitgliedsstaaten gültig sind, werden durch die EU beschlossen. So zum Beispiel Gesetze zum Schutz der Umwelt oder Gesetze in der Energiepolitik. Die EU verfolgt das Ziel gemeinsam die Umwelt zu schützen und als starker Teil der Welt mit gutem Beispiel gegen die Erderwärmung vorzugehen.
Ein weiterer Bereich, in dem sich die EU in seinen Ländern einsetzt, ist die Bildungspolitik. Sie fördert die Bildung und unterstützt den Ausbau von Schulen und den Berufsweg der Ausgebildeten durch beispielsweise EU weite Anerkennung der Ausbildung.[2]
Diese gemeinsamen Gesetze würden mit der Gründung eines europäischen Bundesstaates noch sehr viel weiter ausgebaut, sodass immer mehr Gesetze europaweit geltend würden und so ein großer Teil oder gar alle Teile der Gesetzgebung dem Europaparlament zukämen.
Ein politisch auch sehr wichtiger Aspekt der EU sind finanzielle Angelegenheiten. Die Länder unterstützen sich in Krisensituationen gegenseitig, auch in finanzieller Hinsicht.
Auch die Preisstabilität in den Ländern ist ein großes Ziel und durch die Förderung ein großer Vorteil für Länder der EU.
Viele der Länder haben zudem die einheitliche Währung des Euros und können so einfacher in andere Länder reisen. Der Euro ist keine Pflicht beim Eintritt in die EU, wird aber dennoch größtenteils als großer Vorteil gesehen.

3.2. wirtschaftliche Vorteile[1]
Auch wirtschaftlich gesehen, gibt es für die Mitglieder der europäischen Union einige Vorteile. Alle Länder erhalten durch ihre Mitgliedschaft Wirtschaftswachstum, der durch den bestehenden Wettbewerb, Wegfall der Zölle und vor allem Förderung der Wirtschaft durch die anderen EU-Mitglieder und deren Zusammenhalt bedingt ist.[2]
Innerhalb der EU besteht ein Wettbewerb, in den sich alle Mitglieder integrieren. Somit ist die Wettbewerbsfähigkeit gesichert und jedes Land profitiert von dem bestehenden Wettbewerb und den daraus resultierenden Export und Import. Zudem gibt es in der EU einheitliche Gesetze zur Nahrungsmittelproduktion. So erhalten die Mitgliedsstaaten Richtlinien und Normen an denen sie sich orientieren können. Dieser Aspekt hält ebenfalls die Wettbewerbsfähigkeit aufrecht. Auch die Abschaffung der Zölle innerhalb der EU garantiert einen günstigeren Kauf der Waren und eine günstigere Produktion. Somit wird auch immer mehr produziert, was zu einem Anstieg der Arbeitsplätzen führt.
Damit sinkt auch die Arbeitslosenquote innerhalb der EU. Die Länder gewinnen dadurch auch an Reichtum, da sie weniger Arbeitslosengeld zahlen müssen und so ebenfalls mehr Steuern erhalten.

3.3 Soziale Vorteile

Für die Menschen, die in der EU leben gibt es einige Vorteile der Mitgliedschaft im alltäglichen Leben.

Zum einen ist das Reisen in andere europäische Länder sehr viel leichter geworden, denn die Visapflicht wurde abgeschafft und die Menschen aus Mitgliedsstaaten der EU können ohne großen Aufwand in jedes andere EU-Land reisen ohne ein Visa beantragen zu müssen.[1] Auch für das Leben im Ausland ist es für EU Mitglieder einfacher geworden.

Die Ausbildungen aus den verschiedenen Mitgliedsstaaten werden in der ganzen EU anerkannt und so können die Menschen auch in anderen EU Ländern arbeiten.[1]

Auch die Führerscheinprüfungen wurden für alle EU-Länder einheitlich gestaltet. Diese Regelung lässt keine Probleme beim Autoverkehr in anderen EU-Ländern entstehen, da die Verkehrsregeln überall einheitlich festgelegt sind.[2]

Ein weiterer für den Alltag interessanter Aspekt ist die Möglichkeit in allen EU-Ländern ein Bankkonto einrichten zu können. Die Möglichkeit ein Konto auch in anderen Ländern zu haben lässt zum Einen viele Wahlmöglichkeiten und ermöglicht zum Anderen in einem oft bereisten Land ohne Gebühren sein Geld verwalten zu können.[2]

Die aber besonders wichtigen Vorteile der EU sind die Aspekte der Menschenrechte.

Zum einen hat die EU das Ziel, seinen Mitgliedsstaaten und deren Bürgern Freiheit und sozialen Schutz zu garantieren, um Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern. Dies ist Priorität um den Frieden innerhalb der EU zu sichern und eine Gemeinschaft zu bilden.[3] Für uns als EU-Mitglieder scheinen diese Vorteile ganz selbstverständlich, aber andere Länder sehen diese Möglichkeit als großen Vorteil der EU und hoffen bei ihrem Beitritt auf diese Vorteile.

Auch die Gleichberechtigung ist ein solches Ziel. Sowohl Männer und Frauen, als auch Immigranten und behinderte Menschen werden in der EU gleichberechtigt. Auch das ist nicht überall selbstverständlich.[3]

Durch den sozialen Zusammenhalt der Menschen aus den EU-Mitgliedsländern, den die EU besonders fördert, verbessern sich die Lebensumstände in Ländern, die Hilfe benötigen oder sich in einer Notsituation befinden.

Das Verbessern der Lebensumstände der Menschen ist das Hauptziel der EU im sozialen Bereich und stellt einen großen Vorteil dar, den Länder, die der EU noch nicht angehören, anstreben. Durch diese sozialen Verhältnisse in der EU ist ebenfalls eine Grundbasis für die Bildung eines Bundesstaates geschaffen. Die Gründung einer sozialen Einheit ist ein Schritt, die Europäischen Länder miteinander zu einem Bundesstaat zu vereinen und garantiert keine weiteren Umstellungen für die einzelnen Länder in diesen Bereichen.

4. Welche Nachteile bringt die EU den Mitgliedsstaaten?

Die europäische Union bringt auch einige Nachteile für ihre Mitglieder mit sich. Zum einen gibt es eine starke Kluft zwischen den armen und den reichen Ländern in der EU.[1] Die armen Länder profitieren mehr von den reichen Ländern, da sie so eine finanzielle Unterstützung erhalten. Dadurch ist der Wohlstand der reicheren Länder etwas gefährdet. Dennoch gewinnen die großen Konzerne durch die Globalisierung immer mehr an Einfluss, während kleinere

Unternehmen an Existenzverlust leiden, da sie vor allem hohe Steuern und Preisanstiege fürchten.[1]
Auch die soziale Ungleichheit, die vor allem durch die finanzielle Lage bestimmt wird, erschwert das Zusammenkommen der unterschiedlichen Länder. Zudem gibt es in den reicheren Ländern auch mehr Immigranten, da sie dort Sozialleistungen erhalten können und eine größere Chance auf einen Arbeitsplatz haben.[1] Somit werden sie auch zur Konkurrenz für arbeitssuchende Staatsbürger. Diese Tatsache verhindert außerdem einen Ausgleich der EU-Länder auf ein gemeinsames Niveau zu kommen.[1] So wird auch das Gefälle zwischen arm und reich immer stärker.
Die unterschiedlichen Sprachen innerhalb der EU erschweren die Zusammenarbeit dieser Länder zusätzlich.[1] Dieser Aspekt wäre jedoch eine Möglichkeit der Integration in allen Ländern der europäischen Union. Ein weiterer Punkt ist die Abgrenzung zu den Ländern, die nicht der EU angehören.[1] Durch ihre politischen und wirtschaftlichen Einflüsse werden die Grenzen zu den Nicht-EU-Ländern immer größer. So haben es auch Einwanderer schwerer sich innerhalb der EU niederzulassen. Durch das allgemeine „Verbot der Einwanderung“ liegt die Rate der illegalen Flüchtlinge und der Schwarzarbeit sehr hoch.[1] Somit wird die Kluft zwischen den reichen EU-Ländern und den Saaten außerhalb der EU immer größer.
Die genannten Nachteile sind nicht nur bestehende Schwierigkeiten innerhalb der EU, sondern beeinflussen ebenfalls die Bildung eines Bundesstaates negativ. Durch diese Defizite wird die Gründung eines vereinten oder vereinigten Bundesstaates erschwert und sind auch zusätzlich schwerer abzuschaffen. Bevor diese negativen Aspekte nicht abgeschafft oder minimiert werden, ist die Chance der Vereinigung zu einem Bundesstaat sehr niedrig, da vor allem der Wohlstand, die Abgrenzung zu Nicht-EU-Ländern und die uneinheitliche Amtssprache starke Nachteile der EU sind.
Zusammenfassend lässt sich dennoch sagen, dass die EU trotz der genannten Nachteile große Chancen für ihre Mitglieder mit sich bringt. Durch die Demokratie, die einheitlichen Regeln und Normen und Abschaffung der Zölle, um nur einige der Vorteile zu nennen, gewinnen die Mitgliedsstaaten an wirtschaftlichem, politischem und sozialem Ansehen und erhalten so eine hohe Stellung in all diesen Bereichen weltweit.

5. Ausblick in die Zukunft - Bundesstaat Europa ?

Seit dem Sommer 2012 wird im europäischen Parlament in Straßburg und in den europäischen Mitgliedsländern erneut über den Zusammenschluss der Europäischen Union zu vereinten oder vereinigten Bundesstaaten diskutiert.
Dieses aktuelle Thema rührt vor allem von den momentanen Krisen in einigen europäischen Ländern, die die Forderung nach einer gemeinsamen Verfassung und Regierung, Europa übergreifend, verstärkt haben, um besser auf solche Krisen reagieren zu können.[2]

[6] Wolfgang Schäuble fordert einen Finanzminister für Europa, der die Möglichkeiten und Kompetenzen hat, in den nationalen Haushalt einzugreifen und Neuverschuldungen zu kontrollieren, um so Finanzkrisen europaweit in Zukunft zu verhindern.
Für eine solche Neugestaltung müssten die europäischen Mitgliedsstaaten ihre Eigenständigkeit beziehungsweise ihre Souveränität teilweise (vereinigter Bundesstaat) oder ganz (vereinter Bundesstaat) aufgeben.
Ziel der Gründung eines Bundesstaates ist die Schaffung gemeinsamer Gesetze, eine gemeinsame, starke Wirtschaft und eine einheitliche Finanzpolitik.
Die zentrale Frage ist nun wie viel Selbstbestimmung die einzelnen Länder bereit sind abzugeben, was über einen vereinten oder aber einen vereinigten Staatenbund entscheidet.
Das Modell der vereinten Bundesstaaten ähnelt dem momentanen. Jedoch scheint es noch das Defizit zu geben, dass die Zusammenarbeit hauptsächlich auf wirtschaftlicher Ebene liegt. Die meisten Entscheidungen liegen bei den einzelnen Staaten und die EU hat bei diesen nationalen Entscheidungen kein Mitspracherecht, da die EU nur über beschränkte Möglichkeiten verfügt, ohne eine europäische Regierung aufbauen zu können. Die Gründung einer solchen Regierung wird von vielen Seiten angestrebt, zur Vereinheitlichung der Politik Europas durch, unter anderem eine gesamteuropäische Verfassung, die über den Verfassungen der Länder steht. Ein Beispiel hierfür wäre die von Schäuble angestrebte gemeinsame Finanzpolitik, die von einem europäischen Finanzminister verwaltet würde und somit die Finanzpolitik europaübergreifend über den Verfassungen der Länder stünde.
Auch wenn die Länder einen großen Teil ihrer Entscheidungsgewalt an Europa abgeben müssten, bliebe ihnen dennoch eine gewisse Regierungsgewalt in kleineren nationalen Angelegenheiten, wie zum Beispiel in der Bildungspolitik.
Um einen europäischen Bundesstaat zu schaffen wäre nun entscheidend, wie viel Souveränität die Länder bereit sind an eine europäische Regierung abzugeben.
Mit diesen entscheidenden Veränderungen könnten in der EU zukünftig Krisen verhindert werden und die Länder könnten besser zusammen arbeiten. Die Struktur der Mitgliedsländer sowie die der EU würden vollständig verändert und auf europäische Ebene gelegt.

Zu diesen Zukunftsvisionen teilen sich die Meinungen:
Zum Einen innerhalb der europäischen Parteien. Während die Linken[8] im Europaparlament die Bildung eines europäischen Bundesstaates strikt ablehnen und mit der Unselbständigkeit der Länder argumentieren, sind besonders die Grünen[9] im Europaparlament für einen solchen engeren Zusammenschluss der Länder, um Krisen zu verhindern und eine engere Zusammenarbeit zu ermöglichen.
Doch auch in den Mitgliedsstaaten der EU gehen die Meinungen über diesen möglichen, entscheidenden Schritt in die Zukunft auseinander.
Die Meinungen hängen vor allem von den Interessen des einzelnen Landes und dessen Stand in der EU ab. Jedoch kann die Meinung auch innerhalb eines Landes je nach Interessengruppe

stark schwanken.

Abb.2.: Befragung in Deutschland unter der Fragestellung:
Soll es die vereinigten Staaten von Europa geben?

Quelle Abb.2.: http://www.welt.de/ (Stand vom 23.12.12, 23:50 Uhr)

[1] Die Abbildung zeigt eine Umfrage innerhalb von Deutschland zum Thema: Solles die vereinigten Staaten von Europa geben?
Insgesamt sprechen sich 51% der Deutschen gegen die Vereinigten Staaten von Europa aus, und 43% der Deutschen heißen einen engeren Zusammenschluss in der EU für gut.
Auch wenn man Deutschland nach Osten und Westen betrachtet, sprechen sich die Menschen in beiden Teilen Deutschland hauptsächlich gegen die vereinigten Staaten von Europa aus, wobei im Osten deutlich mehr Deutsche gegen den Zusammenschluss sind (61%).
Auch bei der Unterscheidung nach Geschlechtern finden sich leichte Unterschiede. Dabei sind 60% der Frauen gegen den Zusammenschluss und nur 33% der Frauen dafür, während jedoch die Mehrheit der Männer (54%) für den Zusammenhalt der EU stimmt.
Wenn die Deutschen nach den Schulabschlüssen getrennt befragt werden so fällt besonders auf, dass sowohl Bürger mit Haupt-, Realabschluss in der Mehrheit gegen die Abgabe von Selbstständigkeit von Deutschland sind, während die Menschen mit Abitur in der Mehrheit für die Abgabe von Selbständigkeit an die EU sind.
Insgesamt belegt das Schaubild, dass auch innerhalb eines Landes die Meinungen zu dem Zukunftsmodell auseinander gehen, sich jedoch momentan eine Mehrheit gegen dieses Modell stellt. [3]Gründe für diese Ablehnung gegen das Zukunftsmodell Europas ist besonders durch die momentanen Krisen in den Ländern entstandene Misstrauen gegenüber der EU und auch gegenüber den anderen Ländern, die in den Augen vieler die Existenz ihrer eigenen Länder gefährden. Auch die fehlende Transparenz in vielen Bereichen der EU lässt viele Menschen zweifeln ob eine noch engere Zusammenarbeit zum Vorteil des eigenen Landes und so des eigenen Lebens wäre. Die Menschen sehen durch entstandene Probleme also Nachteile

für ihr eigenes Land und ihr eigenes Leben in der engeren Zusammenarbeit mit der EU. Um also die Menschen zu überzeugen und eine erfolgreiche Gründung eines Bundesstaates mögliche zu machen müssen die Bürger besser informiert werden und neues Vertrauen in die EU fassen.

6. QUELLEN:

http://www.amnesty-2349.de/Main/Informieren-Todesstrafe (Stand vom 22.12.12, 19:12 Uhr)
http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Boykott-begleitet-Wahl-in-Europas-letzter-Diktatur-Weissrussland-id22018201.html
(Stand vom 21.12.12, 14:34 Uhr)
http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Lukaschenko-gewinnt-Wahl-ohne-Opposition-in-Weissrussland-id22039241.html (Stand vom 21.12.12, 14:40 Uhr)
http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Belarus_node.html (Stand vom 20.12.12, 14:24 Uhr)
http://belarus.ahk.de/ (Stand vom 19.12.12, 16:31 Uhr)
http://www.bpb.de/internationales/europa/europ%C3%A4ische-union/42835/warum-europa

(Stand vom 9.12.12, 19:13 Uhr)
http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17246/bundesstaat
(Stand vom 23.12.12, 19:36 Uhr)
www.cep.eu/eu-fakten/ziele-der-eu (Stand vom 25.11.12, 17:21 Uhr)
http://www.dielinke-europa.eu/ (Stand vom 23.12.12, 20: 18 Uhr)http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eu-folder_2007.pdf (Stand vom 9.12.12, 18:42 Uhr)
http://ec.europa.eu/publications/booklets/eu_glance/66/de.pd (Stand vom 15.1.13, 15:57 Uhr)
Entdecken und Verstehen, Band 4, Dr. Thomas Berger-von der Heide, 2006 Cornelsen Verlag
Berlin Politik erleben, Wolfgang Mattes u.a., 2007 Bildungshaus Schulbuchverlage
http://www.europa-auf-einen-blick.de/weissrussland/wirtschaft.php (Stand vom 20.12.12, 14:46 Uhr)
http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/treaties_singleact_de.htm
(Stand vom 9.12.12, 18.34 Uhr)
http://www.europa-union.de/fileadmin/files_eud/Europa_aktiv/ea2012_05_webversion.pdf
(Stand vom 23.12.12, 19:09 Uhr)
http://www.europa-union.de/fileadmin/files_eud/PDF-Dateien_EUD/EUD_AG_Grundsatzprogramm/Entwurf_Grundsatzprogramm_%C3%84nderungsantrag_Landesvorstand_Saar.pdf (Stand vom 23.12.12, 19:49 Uhr)
http://www.europa-union.de/fileadmin/files_eud/PDF Dateien_EUD/Verfassungskommentar_Text.pdf (Stand vom 29.12.12, 15:42 Uhr)
http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kapitalismus/euro-krise-vereinigte-staaten-von-europa-11516421.html (Stand vom 23.12.12, 18:46 Uhr)
www.fokuseuropa.eu/index.php?option=com_content&task=view&id=128&Itemid=57
(Stand vom 25.11.12, 16:17 Uhr)
http://www.focus.de/politik/ausland/parlamentswahlen-in-europas-letzter-diktatur-beendet-weissrusslands-opposition-ruft-zum-boykott-gegen-lukaschenko-auf_aid_825322.html
(Stand vom 22.12.12, 18:21 Uhr)
http://www.gefangenes-wort.de/?tag=weisrussland (Stand vom 22.12.12, 18:14 Uhr)
http://www.gruene-europa.de/ (Stand vom 23.12.12, 20: 22 Uhr)
www.helles-koepfchen.de/artikel/2404/html (Stand vom 25.11.12, 16:48 Uhr)
http://www.heise.de/newsticker/meldung/Weissrussland-reglementiert-Internetnutzung-1403099.html (Stand vom 22.12.12, 18:52 Uhr)
http://www.infopoint-europa.de/halloeuropa/Europa%20Sage.htm
(Stand vom 9.12.12, 18:12 Uhr)
http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_belarus.html (Stand vom 19.12.12, 15:06 Uhr)
http://www.jagdtouren.de/Umwelt.html (Stand vom 21.12.12, 14:12 Uhr)
http://www.jef.de/jef/news/mit-den-vereinigten-staaten-von-europa-zurueck-zur-souveraenitaet/ (Stand vom 23.12.12, 19:18 Uhr)
http://www.kindernetz.de/infonetz/thema/europa/eu//id=43808/nid=43808/did=43822/hf78gq/index.html (Stand vom 9.12.12, 19:02 Uhr)
http://moodle.hlw-dl.at/course/view.php?id=242 (Stand vom 29.01.13, 19:00 Uhr)
http://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/KGB-soll-Frauen-misshandelt-haben-article5057531.html (Stand vom 21.12.12, 14:56 Uhr)

http://www.n-tv.de/politik/EU-erwaegt-harte-Sanktionen-article5805511.html (Stand vom 21.12.12, 14:23 Uhr)
http://www.owep.de/artikel/25/25-jahre-nach-tschernobyl-umweltbewusstsein-und-umweltpolitik-im-heutigen-weissrussland (Stand vom 21.12.12, 14:19 Uhr)
http://de.rian.ru/politics/20100823/257152622.html (Stand vom 22.12.12, 18:32 Uhr)
http://de.rian.ru/politics/20120104/262402047.html (Stand vom 22.12.12, 19:07 Uhr)
http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-verschaerft-sanktionen-gegen-weissrussland-und-praesident-lukaschenko-a-823432.html (Stand vom 21.12.12, 14:46 Uhr)
http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201733/umfrage/einstellung-der-befragten-zum-modell-vereinigte-staaten-von-europa/ (Stand vom 23.12.12, 18:54 Uhr)
http://www.stern.de/politik/deutschland/vor-eu-gipfel-schaeubles-plaene-fuer-ein-vereintes-europa-1845087.html (Stand vom 23.12.12, 19:26 Uhr)
http://www.traveling-world.de/l30c224/Weissrussland/Politik-und-Wirtschaft/ (Stand vom 21.12.12, 14: 28 Uhr)
https://www.unwatched.org/EDRigram_10.15_Weissrussland_Journalist_wegen_eines_Berichts_ueber_Sicherheitsmaengel_in_der_U-Bahn_festgenommen (Stand vom 22.12.12, 18:47 Uhr)
https://www.unwatched.org/20120702_Zensurmontag_KW27_12 (Stand vom 22.12.12, 18:59 Uhr)
http://www.welt.de/politik/deutschland/article107611878/Deutsche-sehen-Vereinigte-Staaten-Europas-skeptisch.html (Stand vom 23.12.12, 18:40 Uhr)
http://www.welt.de/wirtschaft/article13841991/Inflation-schiesst-in-Weissrussland-auf-109-Prozent.html (Stand vom 19.12.12, 15:29 Uhr)
http://www.wgvdl.net/forum/index.php?id=48806 (Stand vom 22.12.12, 18:09 Uhr)
http://www.wuv.de/agenturen/schwedische_agentur_bombardiert_weissrussland_mit_teddybaeren (Stand vom 22.12.12, 18:41 Uhr)

Anhang

1. Fallbeispiel: Warum Weißrussland nicht der EU beitreten wird

1.1 Politik in Weißrussland

Weißrussland ist eine Republik, die seit 1994 von Aljaksandr Lukaschenko und seinem diktatorischen Präsidialregime regiert wird. Wenn man die politischen Aufnahme Kriterien berücksichtigt, stellt man fest, dass kein Kriterium von Weißrussland erfüllt wird. Eines der wichtigsten Kriterien für die Aufnahme in die EU und ihre Erweiterung zu einem vereinten Bundesstaat ist Demokratie, also die Herrschaft des Volkes.[1] In Weißrussland wird die Politik allein von Präsident Lukaschenko betrieben, der sogar sagte: „Demokratie ist bekloppt, Diktatur ist besser.“. Vor allem bei den Parlamentswahlen lässt sich erkennen, dass die Bezeichnung „letzte Diktatur Europas“ zu Weißrussland passt. Zahlreiche Politiker aus anderen europäischen Ländern sagten die Wahlen laufen undemokratisch ab. Im Parlament

von Weißrussland sitzen nur regimetreue Mandatsträger. Die vier Politiker anderer Parteien sicherten ihre Stimme zuvor Lukaschenko zu. Sie alle haben kaum ein Mitspracherecht und stimmen immer für Lukaschenkos Vorschläge. Außerdem gibt es keine Opposition im Parlament. Viele Menschen wurden zur Wahl gezwungen, indem ihre Familien durch den KGB bedroht wurden. Das lässt sich nicht mit den europäischen Grundprinzipien vereinbaren, die als einen der wichtigsten Punkte Demokratie und die mit ihr verbundenen geheime, freie, unmittelbare und allgemeine Wahl beinhaltet. Die Vertiefung der EU zu einem europäischen Bundesstaat setzt ebenfalls Demokratie voraus und somit würde eine Aufnahme Weißrusslands in die Union diesen Fortschritt behindern.[2,3]

Staatsaufbau von Weißrussland

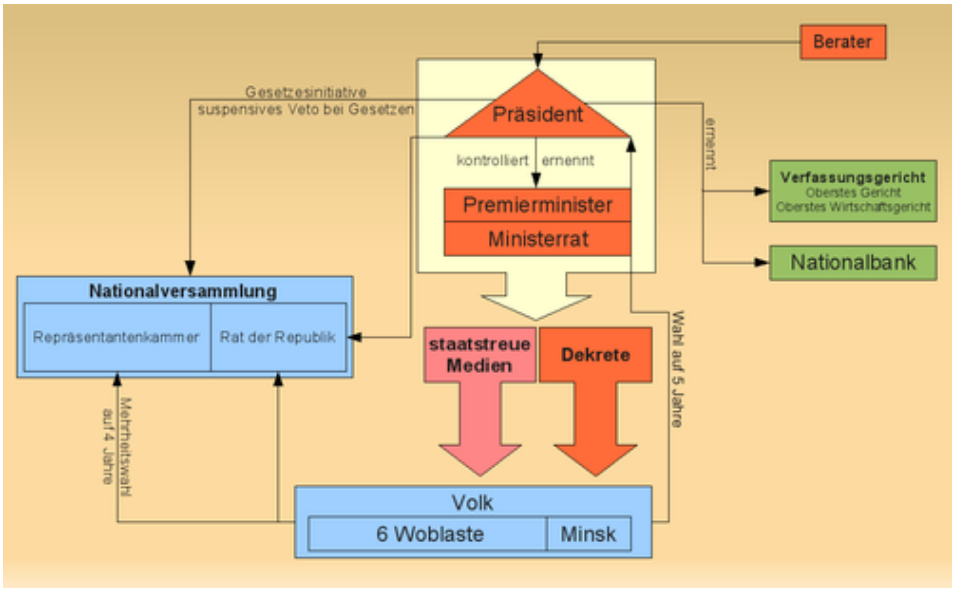

Abb.3.: http://upload.wikimedia.org/ (Stand vom 21.12.12, 13:47 Uhr)

Diese Grafik zeigt den Staatsaufbau von Weißrussland. Jetzt lässt sich erklären wie es Präsident Lukaschenko ermöglicht wird Alleinherrscher zu sein. Man sieht, dass der Präsident alle fünf Jahre vom Volk gewählt wird. Da Lukaschenko die Bürger unter Druck gesetzt hat und das ganze Parlament hinter ihm steht und ihn bei der Wahl unterstützt, ist ihm der Wahlsieg sicher. Nach dem Wahlsieg kann er das Land im Prinzip alleine regieren, denn er ernennt anderer Regierungsorgane, wie zum Beispiel den Ministerrat und das Verfassungsgericht. Die Nationalversammlung, bestehend aus Repräsentantenkammer und dem Rat der Republik, wird zwar vom Volk gewählt, aber der Präsident hat dafür gesorgt das nur regimetreue Kandidaten zur Wahl stehen. Um die Wahl eines Gegenkandidaten zu verhindern werden wieder illegale Wege genutzt. Die Menschen werden unter Druck gesetzt, bedroht und erpresst.
Ein weiterer Grund das Weißrussland nicht für den europäischen Bundesstaat geeignet ist, ist die Tatsache, dass sich die Regierung nicht klar zur Europäischen Union bekennt. Zurzeit verstärken sie ihre Zusammenarbeit mit Russland. Bei Bedarf schwanken sie aber zwischen Brüssel und Moskau. Daraus lässt sich schließen, dass ein Beitritt Weißrussland zur EU keine zuverlässige Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedsstaaten erwarten lässt. So wäre auch ein Ziel des Vereinten Bundesstaats, nämlich eine verbesserte staatsübergreifende

Zusammenarbeit für einen gewissen Wohlstand und eine bessere wirtschaftliche Stabilität, nicht gegeben.[4] Ein Punkt in dem Weißrussland heute gute Arbeit leistet ist der Umweltschutz. Es werden immer mehr Naturschutzgebiete angelegt, um die große Artenvielfalt an in Weißrussland lebenden Tieren und Pflanzen zu erhalten.[5] Das Land war 1986 von dem Reaktorunfall in Tschernobyl stark betroffen. Die weißrussische Regierung verschwieg ihrer Bevölkerung die dadurch entstandenen Gesundheitsrisiken. Erst drei Jahre nach der Katastrophe erfuhren die Menschen in Weißrussland von den Auswirkungen, nachdem in den betroffenen Regionen weiter Ernten von kontaminierten Feldern verkauft wurden. Außerdem ist der Bau neuer Atomkraftwerke geplant. Auch durch die betriebene Planwirtschaft wird die Umwelt stark belastet. Ressourcen werden oft unkontrolliert abgebaut und verbraucht.[6] Die USA und die EU haben Sanktionen, wie zum Beispiel das Einfrieren von Auslandsvermögen und Einreiseverbote für Führungsmitglieder der weißrussischen Regierung, gegen Weißrussland verhängt.[7] So wurde aufgrund der Unterdrückung von Minderheiten durch den KGB gehandelt. Beispielsweise wurden Protestantinnen, die gegen Vergewaltigungen und Unterdrückung vorgehen wollten, vom KGB entführt und misshandelt. Anschließend wurden sie 320 Kilometer von Minsk entfernt wiedergefunden.[8] Auch die Schließung einer Universität wegen modernen westlichen Bildungsstandards und die Verweisung des Landes eines Professors wegen der Unterstützung einer Studentenbewegung pro Demokratie war ein Grund für die verhängten Sanktionen. Auch den Studenten wurden ihre Hochschulzulassungen durch die Regierung entzogen.[8] Gegen die Sanktionen hat Weißrussland harte Gegenmaßnahmen angekündigt und eine weitere Intensivierung der Beziehungen zu Russland.[4]

1.2 Soziales Leben in Weißrussland

Weißrussland erfüllt auch in Hinsicht des sozialen Lebens keinen Standard von Menschenrechten der EU.
Ein erster kritischer Punkt ist die fehlende Meinungsäußerung in Weißrussland. So gibt es immer wieder zahlreiche Festnahmen und Verurteilungen von Protestanten[1] und Freiheitskämpfern[2]. So gab es besonders bei den Protesten gegen die letzten unfreien Wahlen[3] unzählige Festnahmen.
Generell hat Weißrussland viele politische Gefangene, wogegen z.B. die USA durch Druckmittel vor geht.[4]
Besonders ein Beispiel dieses Jahres zeigt die Auswirkung der unfreien Meinungsäußerung. Eine schwedische Agentur warf 2012 hunderte Teddybären aus einem Flugzeug über Weißrussland ab, die ein Schild um den Hals trugen, auf der freien Meinungsäußerung gefordert wird (siehe Abb.4.). Diese Aktion für die Menschenrechte in Weißrussland hat

schwerwiegende Folgen, denn den „Schützen“ der Bären und der dahinter stehenden Agentur drohen nun Strafverfahren und die Gefangennahme in dem Land.[5]

Abb.4.: Teddybären über Weißrussland

Quelle Abb.4.: http://de.rian.ru/ (Stand vom 22.12.12, 19:16 Uhr)

Ein weiterer Verstoß gegen die Menschenrechte ist die unfreie Presse. Es gibt sowohl Presse[6], als auch Internetzensur[7]. Journalisten werden immer wieder verhaftet oder ihre Einreise wird gar verweigert[8]. Eine Pressefreiheit liegt hier, durch starke Kontrolle und Beeinflussung durch die Regierung, nicht vor.
Die Regierung versucht gegen Gewalt vorzugehen, jedoch mit den falschen Mitteln.[9] Es gibt immer mehr auffällig lange Freiheitsstrafen, durch die auch die Möglichkeit besteht politische Gegner durch Fälschen der Beweislage aus dem Weg zu schaffen.
Es gibt Folter und die Todesstrafe[10], die völlig gegen die Menschenrechte Europas verstoßen.
Aufgrund all dieser Verstöße gegen die Menschenrechte, die das soziale Leben in Weißrussland zum schlechten beeinflussen, ist die Aufnahme des Landes in die EU unmöglich. Das Land müsste all die genannten Aspekte ändern, eine freie Presse und Meinungsfreiheit schaffen, politisch Gefangene frei lassen und die Todesstrafe und die Folter abschaffen, um ein sichereres und den Menschenrechten entsprechendes soziales Leben zu ermöglichen.
Durch die entsprechenden Änderungen könnte Weißrussland in einigen Punkten die Aquis Kriterien erfüllen. Da die Regierung jedoch vollkommen hinter ihren Gesetzen und ihrem Verhalten steht wird eine solche Änderung die stattfinden.

1.3 Marktwirtschaft in Weißrussland

Die Wirtschaftskriterien um in der EU aufgenommen zu werden besagen, dass man eine funktionsfähige Marktwirtschaft haben muss, welche die Fähigkeit hat, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten. Des Weiteren muss eine Offenheit der Märkte gegenüber dem Ausland bestehen.
Nach der Unabhängigkeit des Landes wurden marktwirtschaftliche Strukturen eingeführt, jedoch wird in Weißrussland bis heute Planwirtschaft praktiziert. Das heißt, dass sich die Einzelpläne der Wirtschaftssubjekte (Haushalte, Betriebe) dem politisch beschlossenen und Gesamtplan unterordnen müssen.[1,2,4]
Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 7,6 Prozent gewachsen. Das wären 14.900 US-Dollar pro Kopf von 5 Millionen Erwerbstätigen in Weißrussland . Die Industrieproduktion ist um 11,3 Prozent gestiegen, die Landwirtschaft um zwei Prozent, der Import um 22 Prozent und der Export um 18,4 Prozent. Die Inflationsrate betrug allerdings 9,9 Prozent, der nominelle Durchschnittslohn ist um 24 Prozent gestiegen (Stand Mai 2011). Der insgesamt positive Trend hat sich auch 2012 fortgesetzt. Aber selbst mit diesen positiven

Veränderungen ist das Land noch nicht in der Lage dem europäischen Markt standzuhalten. Mineralische Rohstoffe und Primärenergieträger wie Erdöl und Erdgas, außerdem Chemie und Kunsstofferzeugnisse und Transportmittel machen sowohl beim Import als auch beim Export ein Drittel des Handelsvolmen aus. Bei den Außenhandelspartnern sind beim Export vor allem EU-Länder, Russland und die Niederlande zu nennen, während beim Import ebenfalls Russland sowie Deutschland und die Ukraine die größte Bedeutung haben.
Die staatlich kontrollierte Landwirtschaft wird heute noch vom Staat subventioniert und wird durch Kollektivierung von den zwei Hauptzweigen, Kartoffelhandel und Viehzucht, beherrscht. Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln ist gesichert. Allerdings wird mittlerweile in Gebieten, die noch von der Tschernobyl-Katastrophe radioaktiv verseucht sind, wieder Ackerbau betrieben. Das wäre nach EU-Richtlinien nicht möglich und würde gegen die Menschenrechte verstoßen, da auf dem verseuchten Land weder eine konventionelle noch eine ökologische Landwirtschaft möglich ist.[3]
Weißrussland hat ein unbedeutendes Reservoir an Rohstoffen, wozu Torf, Stein- und Kalisalze sowie Phosphorite und Erdöl zählen.
Die wichtigsten Sektoren in der staatlich kontrollierten Industrie sind Maschinenbau und Metall, sowie Chemie und Nahrungsmittel. Darüber hinaus haben die Bereiche Elektro und Fahrzeugbau eine gewisse Bedeutung. Historisch bedingt ist auch heute noch die Holz- und Textilindustrie nicht unwichtig.
Der hohe Anteil von Torf bei der Energieerzeugung führt zu starken Umweltbelastungen. Erdöl und Erdgas sind die weiteren Energieträger im Land.
Die EU legt viel Wert auf umweltbewusstes wirtschaften und auf das Einhalten der entsprechenden Maßnahmen. Weißrussland könnte somit mit seiner Energieerzeugung solche Maßnahmen nicht erfüllen.[3,4,5]
Zwei Wirtschaftskrisen hat Weißrussland in den vergangenen vier Jahren durchlebt, und Ökonomen warnen davor, dass die Regierung in Minsk durch unvorsichtiges Handeln die fragile Lage erneut aus dem Gleichgewicht bringen könnte. Große Probleme, die sich zunehmend negativ auf die gesamte Ökonomie des Landes auswirken und auch das System der sozialen Sicherheit gefährden könnten, bereiten dem Land Inflation, Devisenmangel und die Schwäche des Rubels. Die sinkenden Exporte durch die Krise 2009 wurden durch die geringen Währungsreserven sowie das hohe Leistungsbilanzdefizit noch verschlimmert. Die zweite Krise war 2011 Ein zu starkes Lohn-und Kreditwachstum im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2010 vergrößerte das Defizit in der Leistungsbilanz, die Währungsreserven sanken und die Inflation stieg rapide an. Der Druck auf die Landeswährung hat derart zugenommen, dass sich die Nationalbank gezwungen sah, den offiziellen Kurs des belarussischen Rubels gegenüber einem Währungskorb aus Euro, US-Dollar und russischem Rubel massiv abzuwerten. Im Vergleich zum Vortag betrug der Schnitt 54,4 Prozent und gegenüber dem Jahresende sogar 71,6 Prozent (stand 2011) Das ist die stärkste Abwertung innerhalb der letzten zehn Jahre. Selbst auf dem Höhepunkt der Krise Anfang 2009 verlor die Landeswährung nur 20 Prozent in einem einmaligen Abwertungsschritt. Die starken Krisen zeigen, dass Weißrussland die Aufnahmekriterien und die Bedingungen die das Land gestellt bekommen hat um aufgenommen zu werden nicht erfüllt. Mit solchen Finanzkrisen kann Weißrussland nicht in die EU aufgenommen werden.

Weißrussland konnte bisher die geforderten Veränderungen der Wirtschaft, um in die EU aufgenommen zu werden nicht erreichen. Dem Wettbewerbsdruck in der EU würde das Land nicht standhalten können. Außerdem wird eine solche Planwirtschaft, wie sie in Weißrussland betrieben wird in Europa nicht geduldet.[2,5,6]

2. Statement eines Politikers zum Thema Weißrussland und die EU

Michael Gahler ist seit 1999 CDU Europa Abgeordneter. Er kennt sich daher sehr gut aus und auch mit Weißrussland hat er sich eingehend beschäftigt. Er hält Lukaschenko für einen Diktator, der die Machtübernahme durch die Opposition zu verhindern weiß. Außerdem schätzt er die wirtschaftliche Lage und die Tatsache, dass keines der Kriterien erfüllt werden, so ein, dass sich diese Tatsachen auch in naher Zukunft nicht ändern werden. Mit dem ironischen Kommentar am Schluss macht er seine persönliche Meinung nochmals deutlich, dass er die Chancen, das Weißrussland jemals in die EU aufgenommen wird gegen Null ein.

„Weißrussland erfüllt kein einziges der Kopenhagener Kriterien, weder politisch noch wirtschaftlich. Es ist eine Diktatur, was Präsident Lukaschenko anordnet, wird gemacht, die Wahlen seit seiner Machtübernahme waren weder frei noch fair, die Opposition hat kaum eine Möglichkeit, sich legal zu organisieren, bei der letzten Präsidentschaftswahl wurden die Gegenkandidaten nach der Wahl verhaftet, teilweise verurteilt, bei der letzten Parlamentswahl hat es kein einziger Oppositionskandidat ins Parlament geschafft, es gibt keine freie Presse, Funk und Fernsehen.
Wirtschaftlich ist das Land in keiner Weise reformiert worden, es könnte also auch den

"Kräften des Binnenmarktes nicht standhalten. Außerdem ist das Land durch eine Zollunion mit Russland verbunden, das verträgt sich nicht mit irgendwelchen wirtschaftlichen Sonderbeziehungen zur EU.
Das einzige Kriterium, das Weißrussland erfüllt, ist ein geografisches: es liegt zweifellos in Europa.“
Michael Gahler

3. Filmerklärung

Da wir uns im Rahmen des EU- Wettbewerbs mit dem Thema „vereinter oder vereinigter Bundesstaat“ beschäftigten, haben wir in unserem Film die Grundgedanken und die Kriterien um die Bildung eines „Bundesstaates“ zu ermöglichen aufgegriffen und in Form einer Diskussion dargestellt. Wir haben bewusst einen Befürworter und einen Gegner des „Europäischen Bundesstaats“ gewählt um sowohl Vorteile als auch Nachteile aufzeigen zu können. Anhand des Beispiels von Weißrussland, in Form dessen Präsidenten Alexander Lukaschenko, wollten wir zeigen welche Aufnahmekriterien es in Bezug auf Wirtschaft, Politik und Sozialwesen gibt. In dem Film wurde ein Zitat von Lukaschenko über Demokratie aufgegriffen, was den Ideen des „Europäischen Bundesstaats“ in jeder Form widerspricht. Weißrussland würde es begrüßen in die EU aufgenommen zu werden um in wirtschaftlicher Hinsicht gesichert zu sein. Allerdings sind sie nicht bereit etwas an ihrer Staatsform oder ihren undemokratischen Prinzipien zu ändern. So ist es nicht möglich die erforderlichen Aufnahmekriterien zu erfüllen und somit ist die Bildung eines „Europäischen Bundesstaates“ nicht möglich. Ob ein Bundesstaat gebildet wird liegt allerdings nicht nur an den Staaten die, wie Weißrussland nicht in die EU aufgenommen werden. Ein Ziel der EU ist es, eine gute Wirtschaftslage zu erreichen. Eine Aufnahme von Weißrussland würde dies verhindern, da sie im Moment wirtschaftlich nicht gut dastehen. Die Mitgliedsländer der EU sollen sich in Krisenzeiten gegenseitig unterstützen, deshalb sollen nur starke wirtschaftliche Länder in die

EU aufgenommen werden. Durch die Verschärfung der Aufnahmekriterien bei der Entstehung eines „Bundesstaates“ würden diese noch verschärft, was dazu führt, dass einige bestehende EU Mitglieder die zu Beginn notwendigen Kriterien nicht mehr erfüllen. Da diese Länder nicht einfach aus der EU geschmissen werden können, müssen sie auch unterstützt werden, was wiederum hohe Kosten verursacht. Deshalb gibt es immer mehr Richtlinien der EU um zu vermeiden, dass es noch mehr Krisenländer gibt. So unteranderem die Verschärfung der Aufnahmekriterien um zu verhindern, dass bereits schwache Länder der Gemeinschaft beitreten. Daran ist die Bedeutung der Kriterien deutlich zu erkennen. Das im Film ebenfalls erwähnte Problem, dass landesspezifische Kulturen durch die EU verhindert werden oder sogar ganz verschwinden können wird von der EU bereits bearbeitet. Jedes Land hat trotz seiner Mitgliedschaft in der EU die Möglichkeit in bestimmten Angelegenheiten, wie zum Beispiel das Schulsystem, frei zu entscheiden. Die EU gibt hier nur eine grobe Richtung vor, die auch die frei Entfaltung der unterschiedlichen Kulturen ermöglicht. Das Fazit, welches aus dem Film „Zukunft-Europa“ gezogen werden kann ist, dass die Zukunft Europas noch offen ist aber es bereits intensive Überlegungen gibt wie man allen Staaten am besten helfen kann und wie das Zusammenleben in einem „vereinten oder vereinigten Bundesstaat“ für die Menschen erleichtert wird ohne dass diese ihre kulturelle Vergangenheit vollständig aufgeben müssen.

4. Zukunft – Europa
Drehbuch: Streitgespräch

Moderator:	Lia Bernard
Präsident Weißrusslands Alexander Lukaschenko:	Lea Eschhofen
Frau Schmidt:	Michelle Schmidt
Frau Müller:	Johanna Gerlach

Moderator: Guten Tag und herzlich willkommen zu „Zukunft - Europa“. Unser heutiges Diskussionsthema ist „Bundesstaat Europa, ja oder nein?“ Ich begrüße den Präsidenten Weißrusslands Alexander Lukaschenko, die Befürworterin aus dem Europaparlament, Frau

Schmidt und die Gegnerin, ebenfalls aus dem Europaparlament, Frau Müller.
Frau Schmidt gleich eine Frage an Sie, welche Vorteile sehen Sie in dem Bundessaat Europa?

Frau Schmidt: Ich sehe da sehr viele Vorteile. Aber ich denke das Wichtigste ist, dass es für alle EU-Länder so besser ist um die momentanen Krisen zu überwinden. Eine einheitliche Regierung und Verfassung würde dies deutlich unterstützen um die Krisenländer zu unterstützen. Ziel dieses Bundesstaats ist, gemeinsame Gesetze, eine starke Wirtschaft und eine einheitliche Finanzpolitik zu schaffen und dieses Ziel sollte Europa auch durchsetzen.

Frau Müller: Wenn ich da mal einlenken darf: Wie stellen sie sich das denn genau vor? Es scheitert doch schon allein an den vielen verschiedenen

Sprachen und Kulturen in Europa. Die Kommunikation ist so schon deutlich eingeschränkt. Natürlich ist Englisch die Einheitssprache, aber dennoch gibt es einige Schwierigkeiten mit dem Verständnis, vor allem innerhalb der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Außerdem, was noch viel wichtiger ist, müsste jedes Land seine Eigenständigkeit entweder zum Teil oder ganz aufgeben. Nicht jedes Land ist dazu bereit, seine Selbstbestimmung dermaßen einzuschränken. Außerdem bedarf diese Umstellung nur eine Menge Zeit sondern auch Geld, Geld das uns im Moment durch die Krisenländer nicht zu Verfügung steht.

Moderator: Wo wir gerade bei den Ländern sind, jedes EU-Land wurde unter Berücksichtigung der Kopenhagener Kriterien aufgenommen, um z.B. Dinge wie Demokratie, gesicherte Menschenrechte und eine finanzielle Sicherheit zu garantieren. Durch einen Bundesstaat würde dies ja auch verschärft werden. Frau Müller, würden dann noch alle Mitgliedsländer die Kriterien erfüllen können?

Frau Müller: Das kommt darauf an, wie die Kriterien verschärft werden würden. Wir können schlecht die bestehenden Mitgliedsländer wieder aus der EU herauswerfen. Deshalb müsste dabei darauf geachtet werden, dass wir Regeln und Gesetze aufstellen, die jedes EU-Land auch einhalten kann. Natürlich wird es so für nicht EU-Länder, die aber Mitglied werden wollen deutlich schwieriger aufgenommen zu werden. Länder wie Weißrussland, die durch ihre momentane Situation sowieso nicht in die EU aufgenommen werden, haben so eigentlich eine noch geringere Chance die Kriterien zu erfüllen.

Moderator: Wo Sie gerade Weißrussland ansprechen, Herr Lukaschenko, Sie würden die Aufnahme in die EU sehr begrüßen, inwieweit sind Sie bzw.

Weißrussland denn dazu bereit sich umzustellen, um Mitglied zu werden und was halten Sie von der Idee eines Bundesstaates?

Lukaschenko: Ich denke, dass viele der Kriterien unsinnig sind, genau wie dieser Bundesstaat. Zum Beispiel Demokratie. Demokratie ist bekloppt, Diktatur ist besser.
So kann ein Land doch viel besser regiert werden. So kommen doch erst keine Unstimmigkeiten und einer sagt wo es langgeht.
Viel Umstellung bringt doch nichts.

Frau Schmidt: Aber so funktioniert das nicht, was denken sie denn, weshalb es diese Kriterien gibt? Weißrussland erfüllt keine dieser Kriterien, weder politisch, noch wirtschaftlich oder sozial. Die EU steht nun mal zum Beispiel für Demokratie, Menschenrechte und eine geregelte Marktwirtschaft. Wenn Weißrussland sich noch nicht einmal die Mühe gibt, etwas zu ändern, dann wird dieses Land niemals in die EU aufgenommen und vor allen Dingen nicht, wenn es ein Bundesstaat wird.

Lukaschenko: Weißrussland wird nichts ändern. Bis jetzt sind wir gut klar gekommen mit unserer Wirtschaft und unserer Politik. Ob mit oder ohne EU machen wir so weiter wie bisher.

Frau Müller: Auch wenn ich gegen den Bundesstaat bin, denke ich, dass Weißrussland mit dieser Einstellung niemals in die EU aufgenommen wird. Mit Sicherheit haben auch bestehende EU-Mitglieder noch solche Ansichten, was ihre Landesspezifische Kultur angeht, wodurch die Bildung eines Bundesstaates natürlich zusätzlich erschwert wird. Wir sollten einen anderen Weg finden, um die Krisenländer zu unterstützen und neue Krisen zu vermeiden.

Moderator: Ich denke das Fazit, das wir in unserer heutigen Diskussion ziehen können ist, dass Europa zusammenarbeiten muss. Ich glaube da stimmen sie mir alle zu. Europa muss neue Wege gehen um aus der Krise wieder herauszukommen. Ob dies durch einen Bundesstaat geschieht, bleibt zunächst offen. Das war „Zukunft – Europa“ heute, ich hoffe sie schauen das nächste Mal wieder zu. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag und bedanke mich für ihr Interesse.